

Stand: 11.12.2024 17:52:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3448

"Unterstützung für Menschen mit Behinderung III: Schaffung von ausreichendem Wohnraum für Menschen mit Behinderung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3448 vom 26.09.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3999 des SO vom 12.11.2024
3. Beschluss des Plenums 19/4213 vom 03.12.2024



Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Norbert Dünkel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel, Josef Heisl, Petra Högl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Unterstützung für Menschen mit Behinderung III: Schaffung von ausreichendem Wohnraum für Menschen mit Behinderung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt ein Fachgespräch zur aktuellen Wohnraumsituation von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung durch, auch um aufgrund heute vorliegender Daten und Fakten herauszufinden, wie sich der Bedarf in den kommenden Jahren entwickeln wird. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf die Wohnraumsituation und den -bedarfen für erwachsene Menschen mit Behinderung gelegt werden.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Zuge dieser Erkenntnisse gemeinsam mit den Bezirken Lösungsmöglichkeiten im Rahmen jeweils vorhandener Stellen und Mittel zu entwickeln.

Begründung:

Die Einrichtungsförderung ist ein sozialpolitisches Ziel. An der Schaffung von Wohnraum für Menschen mit Behinderung besteht großes staatliches Interesse, da dies der Versorgungssicherheit von Menschen mit Behinderung und auch ihrer Angehörigen dient. Es besteht bereits heute dringender Bedarf an diesen Einrichtungen, oft bestehen lange Wartelisten zur Aufnahme von Menschen mit Behinderung in eine Einrichtung. Gerade im Hinblick auf erwachsene Menschen mit Behinderung, welche im Alter mangels familiärer Betreuungsmöglichkeiten auf Betreuungsplätze angewiesen sind, soll daher geprüft werden, wie sich der Wohnraumbedarf künftig entwickeln wird und wie einer potenziellen Wohnraumnot frühzeitig entgegengewirkt werden kann. Das Fachgespräch soll unter Beteiligung von Staatsregierung, den Bezirken, Leistungserbringern und Betroffenenvertretungen durchgeführt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/3448**

**Unterstützung für Menschen mit Behinderung III: Schaffung von ausreichendem
Wohnraum für Menschen mit Behinderung**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt zusammen mit dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege eine gemeinsame Anhörung zur aktuellen Wohnraumsituation von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung durch, auch um aufgrund heute vorliegender Daten und Fakten herauszufinden, wie sich der Bedarf in den kommenden Jahren entwickeln wird. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf die Wohnraumsituation und den -bedarfen für erwachsene Menschen mit Behinderung gelegt werden.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Zuge dieser Erkenntnisse gemeinsam mit den Bezirken Lösungsmöglichkeiten im Rahmen jeweils vorhandener Stellen und Mittel zu entwickeln.“

Berichterstatlerin: **Martina Gießübel**
Mitberichterstatlerin: **Doris Rauscher**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 17. Oktober 2024 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 12. November 2024 mitberaten und einstimmig Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses empfohlen mit der Maßgabe, dass die Wörter „Ausschuss für Gesundheit und Pflege“ durch die Wörter „Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention“ ersetzt werden.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Thomas Huber, Norbert Dünkel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel, Josef Heisl, Petra Högl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/3448, 19/3999

Unterstützung für Menschen mit Behinderung III: Schaffung von ausreichendem Wohnraum für Menschen mit Behinderung

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt zusammen mit dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention eine gemeinsame Anhörung zur aktuellen Wohnraumsituation von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung durch, auch um aufgrund heute vorliegender Daten und Fakten herauszufinden, wie sich der Bedarf in den kommenden Jahren entwickeln wird. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf die Wohnraumsituation und den -bedarfen für erwachsene Menschen mit Behinderung gelegt werden.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, im Zuge dieser Erkenntnisse gemeinsam mit den Bezirken Lösungsmöglichkeiten im Rahmen jeweils vorhandener Stellen und Mittel zu entwickeln.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident